Monatsspiegel

Mai 2018

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Das neue Polizeiaufgabengesetz: Maßlos und verfassungswidrig

Von Philipp Dees
Mitglied im SPD-Landesvorstand

Im April ist aus der Diskussion über eine Neufassung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes breiter öffentlicher Protest geworden: In Erlangen sind bei einer Demonstration Anfang April nach Polizeiangaben 1.300 Menschen gegen das Gesetz auf die Straße gegangen, in Nürnberg waren es wenig später 4.500.

Und diesen Protest gibt es völlig zu Recht. Denn die CSU-Mehrheit im Landtag plant mit diesem Gesetz eine massive Ausweitung polizeilicher Befugnisse. Vor allem geht es dabei darum, dass die Polizei die Möglichkeiten, die sie in der Gefahrenabwehr hat (z.B. Kontaktverbote zu erlassen, die Bewegungsfreiheit einzuschränken – z.B. durch Fußfesseln –, Dateien zu durchsuchen – auch online und durch den „Staatstrojaner" – oder die Telekommunikation zu überwachen), künftig bereits bei einer „drohenden Gefahr" statt wie bisher bei einer „konkreten Gefahr" nutzen darf.

Das klingt erst einmal technisch, hat aber weitreichende Bedeutung: Denn was genau eine „drohende Gefahr" ist, ist im Polizeiaufgabengesetz völlig unklar formuliert. Juristinnen und Juristen – z.B. der SPD-Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, aber auch in der Sachverständigenanhörung des bayerischen Landtags zum Gesetzentwurf – warnen deshalb davor, dass diese Konstruktion der „drohenden Gefahr" es für die Bürgerinnen und Bürger unvorhersehbar macht, wann die Polizei eigentlich zum Eingreifen befugt ist. Damit aber tun sich Bürgerinnen und Bürger schwer, sich gegen Eingriffe zu wehren: Denn die Polizei kann leicht darauf verweisen, dass eine Gefahr „drohe", ohne dass dies widerlegt werden kann.

Neben der Ausweitung bestehender Möglichkeiten der Polizei auf die „drohende Gefahr" plant die CSU auch zusätzliche Rechte für die Polizei: Dazu gehört z.B. die Ausweitung der DNA-Analyse (wohlgemerkt zur Gefahrenabwehr, nicht bei der Aufklärung begangener Straftaten, wo man dies diskutieren könnte), das Beschlagnahmen von Post oder das Löschen und Ändern von Daten während einer Online-Durchsuchung. Auch das greift massiv in die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern ein.

Fortsetzung auf Seite 3

01.05.	10:00	Maidemonstration	Neustädter Kirchenplatz (Treffpunkt)	S. 16
01.05.	11:00	Maikundgebung	Neustädter Kirchenplatz	S. 16
05.05.	11:00	Workshop „Stadt der Zukunft“ I: Grundsätzliches und Verkehr	IG-Metall-Saal	S. 3
07.05.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
08.05.	19:00	Distriktsversammlung Tennenlohe	Wilhelm Horn	S. 13
08.05.	19:30	Distriktsversammlung Frauenaurach	Olive	S. 10
08.05.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 15
11.05.	18:00	Wahlwerkstatt	Naturfreundehaus	S. 3
14.05.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
15.05.	19:00	Distriktsversammlung Ost	Pizzeria Romana	S. 12
15.05.	20:00	Distriktsversammlung Innenstadt	Kulisse	S. 12
16.05.	15:00	Mitgliederversammlung 60plus	August-Bebel-Haus	S. 13
16.05.	19:00	Distriktsversammlung Eltersdorf	Schützenhaus	S. 10
16.05.	20:00	Distriktsversammlung West	Zur Einkehr	S. 13
22.05.	18:00	Jusos am Berg	Venezia (Treffpunkt)	S. 15
04.06.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
05.06.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 15
09.06.	11:00	Workshop „Stadt der Zukunft“ II: Gewerbe	IG-Metall-Saal	S. 3
21.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung		

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	11:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag	geschlossen
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	14:00 bis 17:00 Uhr
Freitag	13:00 bis 16:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführer: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Gisela Niclas, Barbara Pfister

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Dieses neue Polizeiaufgabengesetz ist die zweite Überarbeitung innerhalb kurzer Zeit. Denn erst im Juli 2017 hat die CSU den Begriff der „drohenden Gefahr“ dort eingefügt und für einige Eingriffsmöglichkeiten der Polizei die Anwendung dieses Begriffs ermöglicht; gleichzeitig hat sie damals schon zusätzliche Rechte für die Polizei geschaffen bzw. bestehende ausgeweitet. Jetzt, nur ein dreiviertel Jahr später und ohne Evaluation des bestehenden Gesetzes sollen diese Rechte massiv ausgeweitet werden – und damit in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen werden. CSU und Staatsregierung verzichten darauf, konkret zu begründen, warum die Ausweitung bestimmter Eingriffsmöglichkeiten überhaupt notwendig sei – ihr Argument ist einfach, das sei so.

Auch im Juli wurde beschlossen, was nun im Zuge der Proteste gegen das Polizeiaufgabengesetz zu Recht große Aufmerksamkeit und Protest hervorruft: Unter bestimmten Voraussetzungen ist es seitdem möglich, jemanden unbegrenzt vorbeugend in Haft nehmen – d.h. ohne dass je eine Straftat begangen wurde. Es reicht die konkrete Gefahr (und unter Umständen auch die „drohende“), dass eine Straftat begangen werden könnte.

Nach Einschätzung vieler Juristinnen und Juristen ist die von der CSU-Mehrheit geplante Ausweitung dieser Befugnisse verfassungswidrig. Unter anderem, weil das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vor zwei Jahren formuliert hat, dass ein solch frühes Eingreifen der Polizei wie nun geplant nur ausnahmsweise zulässig sei, wenn ein „überragend wichtiges Rechtsgut“ gefährdet sei – nach gängiger Interpretation z.B. zum Verhindern eines Terroranschlags. Im Polizeiaufgabengesetz aber soll die Polizei fast alle ihre Befugnisse frühzeitig nutzen können, egal worin die Gefährdung besteht.

Es reicht aber nicht, sich nur auf das Bundesverfassungsgericht zu verlassen. Es ist auch notwendig, dass die Bürgerinnen und Bürger sich weiter wehren, und das wir das auf der Straße und in den Parlamenten tun. Denn natürlich muss die Polizei handlungsfähig sein. Aber: Es muss ein Gleichgewicht mit der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger geben. Und genau dieses Gleichgewicht reißt die CSU mit ihrem Gesetzentwurf ein: Sie höhlt zugunsten einer vermeintlichen Stärkung der Sicherheit die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger aus.

Workshop „Stadt der Zukunft“

Erste Themen: Grundsätzliche Ziele und Verkehr
Samstag, 5. Mai, 11 bis 16 Uhr, IG-Metall-Saal

Wie bereits im April-Monatsspiegel angekündigt wollen wir in drei Workshops mit euch diskutieren, wohin sich unsere Stadt nach unseren Vorstellungen entwickeln wollte.

Zum ersten dieser Workshops lädt der geschäftsführende Kreisvorstand nun ganz herzlich ein. Am 5. Mai im IG-Metall-Saal wollen wir in einem ersten Block allgemein über Ziele und auch Zielkonflikte sprechen: Wie sieht eine lebenswerte Stadt aus – und was macht besonders Erlangen aus? Wo ist diese „lebenswerte Stadt“ schon erreicht, wo müssen wir handeln? Wo stehen wir durch Entwicklungen und Veränderungen in unserer Stadt vor Herausforderungen? Diese Punkte wollen wir als gemeinsamen Einstieg für alle drei Workshops an den Anfang stellen.

Im ersten konkreten Teil wollen wir uns dann dem Thema „Verkehr“ widmen: Wie wollen wir den Verkehr der Zukunft gestalten? Wie schaffen wir (in Erlangen) Mobilität für alle? Wie gehen wir mit Konflikten der einzelnen Verkehrsarten untereinander um (wie Autos und RadfahrerInnen) und wie mit Konflikten mit anderen Zielen (z.B. lärm- und abgasgeplagten AnwohnerInnen von Straßen)?

Wir freuen uns auf spannende Diskussionen mit euch – als Einstieg in die Programmdebatte für 2020, aber genauso als „Handlungsleitfaden“ für die weitere Arbeit im Erlanger Rathaus.

Damit wir planen können, bitten wir um kurze Anmeldung im Kreisverbandsbüro (buero@spd-erlangen.de, 09131-8126522). Wenn ihr nicht teilnehmen könnt, aber Ideen einspeisen wollt wendet euch gerne an Philipp Dees oder Barbara Pfister.

Zum Vormerken die weiteren Workshops:

- Samstag, 9. Juni, 11 bis 16 Uhr, IG-Metall-Saal, voraussichtlich zum Thema Gewerbe
- Samstag, 30. Juni, 11 bis 16 Uhr, IG-Metall-Saal, voraussichtlich zum Thema Wohnen

Die Ergebnisse der drei Workshops wollen wir dann auf der KMV im Juli zusammenführen und diskutieren.

Einladung zur „Wahlwerkstatt“

Freitag, 11. Mai, 18 Uhr, Naturfreundehaus

Liebe Genossinnen und Genossen,
für den Landtags- und Bezirkstagswahlkampf seid auch ihr gefragt! Welche Ideen habt ihr für Themenschwerpunkte in Erlangen und in Bayern? Welche Ideen habt ihr für Veranstaltungen, Aktionen etc. – auf der Straße, in den Stadtteilen und im Netz? Was können wir anders, kreativer machen als in den letzten Wahlkämpfen?

Wir sind gespannt auf eure Kreativität und eure Ideen – und laden euch dafür ein zur Wahlwerkstatt. Dort wollen wir erstmal eure Ideen sammeln und gemeinsam diskutieren – und dann den Austausch gemütlich bei Getränken und Gegrilltem fortsetzen.

Zur Planung bitten wir um eine kurze Anmeldung an das Kreisverbandsbüro (buero@spd-erlangen.de, 09131-8126522). Wenn ihr nicht teilnehmen könnt, aber Ideen habt, wendet euch gerne an Philipp Dees, Gisela Niclas oder Dieter Rosner.

Wir sorgen für Getränke, Würstchen zum Grillen und Brot. Wer anderes Grillen will, muss dies selbst mitbringen, wir freuen uns auch über den ein oder anderen Salat oder sonstigen Beitrag zum Essen. Auch hier hilft es, wenn ihr bei der Anmeldung schreibt, ob und was ihr mitbringt – wir freuen uns aber auch über jeden und jede, der oder die nur seine bzw. ihre Ideen mitbringt!

Für die Wahlkampfleitung: Dieter Rosner, Philipp Dees, Gisela Niclas

P.S.: Neben Parteimitgliedern sind uns auch SympathisantInnen willkommen, hier bitten wir aber in jedem Fall um Voranmeldung und Verständnis, wenn wir im Einzelfall absagen. Selbstverständlich kann niemand teilnehmen, der in anderen Parteien aktiv ist oder für diese Mandate (z.B. in Beiräten) wahrnimmt.

Mut, Leidenschaft und Beharrlichkeit: Birgit Hartwig zum 60. Geburtstag

Von Barbara Pfister
Vorsitzende der Stadtratsfraktion

Birgit Hartwig, seit vielen Jahren aktives Mitglied unserer Partei und Stadträtin, feiert am 10. Mai ihren 60. Geburtstag.

Wer Birgit Hartwig begegnet – ob im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihres ehrenamtlichen Engagements in der SPD und im Stadtrat, dem bleibt sie im Gedächtnis: als aufmerksame Gesprächspartnerin und als aufrechte, stets sehr gut vorbereitete und unbeugsame Verfechterin einer solidarischen und sozial gerechten Stadtgesellschaft,

die allen Menschen Platz zur Entfaltung bietet. Birgit verkörpert den sozialdemokratischen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben ohne Ausgrenzung und Gewalt in besonders glaubwürdiger Weise und verfolgt dieses Anliegen auch in ihrer beruflichen Tätigkeit. Als Sozialpädagogin berät und begleitet sie im Erlanger „Notruf“ Mädchen und Frauen, die sexuelle Gewalt erlitten haben und beteiligt sich mit anderen Frauneinrichtungen und -organisationen an Aufklärung und Prävention. Als bekennende Feministin ordnet sie Gewalt gegen Frauen in den größeren Rahmen der strukturellen gesellschaftlichen Benachteiligungen von Frauen ein, die sie in ihrem jahrzehntelangen politischen Engagement in der SPD und in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) anprangert und bekämpft. Dieses Politikfeld war es auch, das sie nach längerer Mitarbeit in der AsF dazu geführt hat, Mitglied unserer Partei zu werden und sich 2002 um ein Stadtratsmandat zu bewerben.

Birgit, die im niedersächsischen Peine geboren wurde, lebt seit sehr langer Zeit in Erlangen, hat hier ihre beiden heute erwachsenen Söhne erzogen und das Erlanger Mütterzentrum mitgegründet. Lange Zeit in Sieglitzhof, heute am Anger, engagiert sie sich für das soziale und kulturelle Leben in ihrem Stadtteil und weicht auch sehr kontroversen Diskussionen, wie zuletzt zum Neubauprojekt der Gewobau an der Johann-Jürgen-Straße, niemals aus. In der Stadtratsfraktion, in die sie im Dezember 2004 nachgerückt ist und seitdem zweimal wiedergewählt wurde, schätzen wir ihre Arbeit in „ihren“ Themenfeldern Familie, Kinder, Jugend und Soziokultur außerordentlich. In all diesen Bereichen ist sie bestens vernetzt und genießt sehr hohes Ansehen bei einer großen Zahl von Akteur*innen, sowohl innerhalb der Stadtverwaltung, als auch bei Vereinen und Organisationen und all den Bürgerinnen und Bürgern, denen sie im persönlichen Gespräch Unterstützung geboten hat.

Auf der Liste der Projekte und Maßnahmen, für die Birgit sich mit großem Nachdruck und sehr häufig erfolgreich eingesetzt hat, finden sich zahlreiche

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.05. Dieter Beck
65 Jahre

03.05. Herbert Micheler
71 Jahre

06.05. Ursula Lanig
65 Jahre

08.05. Günter Braun
79 Jahre

10.05. Birgit Hartwig
60 Jahre

12.05. Michael Stoisiek
72 Jahre

12.05. Felix Wosnitzka
75 Jahre

15.05. Wilhelm Horn
71 Jahre

17.05. Ute Preuß
78 Jahre

19.05. Peter Zorec
72 Jahre

25.05. Gerlinde Uhl
83 Jahre

26.05. Elli Pöschl
80 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
79 Jahre

27.05. Lüer Rietzsch
71 Jahre

27.05. Karin Sichel
76 Jahre

27.05. Hannelore Stahlschmidt
72 Jahre

27.05. Gerhard Buchholtz
70 Jahre

Spielplätze, Kindergärten, Horte und Krippen, das Easthouse, die Neugestaltung des Frankenhofs, die Ferienbetreuung, die Bürgerzentren in den verschiedenen Stadtteilen, der Ausbau und die Förderung des E-Werks, die Aufwertung der öffentlichen Grünflächen, die Einführung von Streetwork, die Förderung der Spiel- und Lernstuben oder die Einrichtung einer Notschlafstelle. Es zeichnet sie aus, dass sie mit großer Beharrlichkeit und immer wieder neuen Ideen unbeirrt ihre Anliegen verfolgt, auch wenn deren Realisierung häufig viele Jahre auf sich warten lässt, wie im Fall des Jugendtreffs beim E-Werk – auf dessen Eröffnung im vergangenen Jahr sie zu Recht besonders stolz ist!

Auch wenn diese Bereiche den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit als Stadträtin bilden, versteht Birgit sich nicht als „Fachpolitikerin“, sondern bringt sich in der Fraktion auch sehr engagiert in vielen anderen Feldern ein, die ihr am Herzen liegen: Beim Ausbau des ÖPNV ebenso wie bei vielfältigen sozial- und seniorenpolitischen Themen, in Fragen der Inklusion und Integration, den Städtepartnerschaften und bei allen Themen, die Bildung und Kultur betreffen. Sichtbar große Freude bereitet es ihr, möglichst viele kulturelle Veranstaltungen, Theateraufführungen, Festivals, Konzerte und Stadtteilfeste zu besuchen – ihre privaten Interessen und ihr Engagement als Stadträtin ergänzen sich hier aufs Beste.

Liebe Birgit, die SPD-Stadtratsfraktion, der SPD-Kreisverband und die AsF gratulieren Dir von Herzen zu Deinem runden Geburtstag. Wir wünschen Dir und uns, dass Dir Deine Energie und Freude in der politischen Arbeit noch ganz lange erhalten bleiben und wir möglichst oft Gelegenheit haben, Dir in Deinem Zorn über Ungerechtigkeit, Deiner ungemein solidarischen Haltung und Deiner mitreißenden Fröhlichkeit und Deinem großen Sinn für Humor zu begegnen!

Delegierte zur Europakonferenz

Die April-Kreismitgliederversammlung hat folgende Genossinnen und Genossen zu Delegierten für die Europa-Konferenz des Unterbezirks am 20. Juli gewählt:

- Munib Agha
- Helmut Aichele
- Tanja Amon
- Gert Büttner
- Gamze Canbaz
- Gerhard Carl
- Philipp Dees
- Manfred Dohmstreich
- Monika Fath-Kelling
- Valeria Fischer
- Dirk Goldenstein
- Katrin Hurle
- Tobias Körber
- Friedrich Mirle
- Gisela Niclas
- Wolgang Niclas
- Barbara Pfister
- Johanna Pfister
- Sandra Radue
- Gertrud Reich-Schowalter
- Dieter Rosner
- Elizabeth Rossiter
- Jens Schäfer
- Alexander Schmid
- Marcel Turenhout

Ersatz:

- Stefan Greim
- Wilhelm Horn
- Mark Schuster
- Walter Schweigert

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2018
25. Mai 2018

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Fraktionsvorstand neu gewählt

Die SPD-Stadtratsfraktion hat am 16. April ihren Vorstand für die 2018 bis 20 gewählt. Nahezu einstimmig wiedergewählt wurden Barbara Pfister als Fraktionsvorsitzende und ihre beiden bisherigen Stellvertreter*innen Dr. Philipp Dees und Ursula Lanig. Neu im jetzt vierköpfigen Fraktionsvorstand ist der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Munib Agha. „Wir gehen damit gestärkt in die Zeit bis zur Kommunalwahl und werden bei den anstehenden Entscheidungen weiterhin das direkte Gespräch mit den Bürger*innen, den Vereinen und Initiativen suchen. Viele der Ziele, die wir 2014 vertreten haben, konnten wir seitdem umsetzen, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Soziales oder Bürgerbeteiligung. Mit Blick auf 2020 geht es jetzt auch darum, unsere Konzepte weiterzuentwickeln und neue Ansätze aufzugreifen“, erklärt Barbara Pfister.

Fraktion informierte zu „Soziale Stadt Büchenbach-Nord“

Auf einem gut besuchten Termin „Fraktion vor Ort“ hat die SPD-Stadtratsfraktion mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil über das Programm „Soziale Stadt“ und die geplante Nachverdichtung in Büchenbach-Nord diskutiert. Dabei stellte Philipp Dees die geplanten Maßnahmen vor, die der Stadtrat bereits beschlossen hat: Eine familienpädagogische Einrichtung und verschiedene Beratungsangebote wie ein Sozialdienst für Erwachsene, eine Integrationsberatung sowie eine Wohn- und Seniorenberatung. Des Weiteren soll ein Bürgertreff entstehen. Die Einrichtungen sollen im Erdgeschoss und, falls notwendig, im ersten Obergeschoss eines geplanten Gewobau-Gebäudes untergebracht werden, in dem neben den genannten Einrichtungen 90 Wohneinheiten vorgesehen sind. Entstehen soll das Gebäude auf einem Gewobau-Parkplatz am Südende der Odenwaldallee

Um diese Maßnahmen, den Neubau und die Situation in Büchenbach-Nord gab es eine durchaus kontroverse Diskussion. Von den Bürgerinnen und Bürgern wurde geschildert, dass sie die Situation im Stadtteil als schwierig erleben und die Sorge haben, dass zusätzliche Wohnungen dies noch verschlimmern könnte.

Auch deshalb will sich die SPD-Fraktion dafür einsetzen, dass die Wohnungen der Gewobau weit überwiegend für Seniorinnen und Senioren geschaffen werden, da hier ein großer Mangel im Stadtteil besteht. Außerdem sollen im Rahmen des Programms weitere Maßnahmen wie z.B. eine Aufwertung der Mönauschule und ihres Schulhofs oder von anderen Freiflächen erfolgen. Und nicht zuletzt sind bereits seit dem Jahreswechsel StreetworkerInnen im Stadtteil im Einsatz, um Jugendliche anzusprechen und Konflikte zu vermeiden.

Workshop zur Verschönerung des Zollhausplatzes

Auf Antrag der SPD hat die Stadtverwaltung die Bürgerinnen und Bürger rund um den Zollhausplatz eingeladen, ihre Ideen zur Verschönerung des Platzes einzubringen. Bei großer Beteiligung wurden viele Ideen eingebracht, von der Begrünung bis zu einem Pavillon mit Café und barrierefreien Toiletten auf dem Platz.

Die Verwaltung wird die Vorschläge nun sortieren und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen erarbeiten. Voraussichtlich im Herbst soll dieser Vorliegen und dann diskutiert werden, was konkret wann am Zollhausplatz getan wird, um ihn schöner zu machen.

Hol- und Bringzone für Loschge-Grundschule

In der Nähe der Erlanger Loschgeschule, auf dem Theaterplatz, hat die Verwaltung eine „Hol- und Bringzone“ für Eltern eingerichtet, die ihr Kind mit dem Auto zur Schule bringen. Ziel ist es damit, den Verkehr direkt vor der Loschgeschule zu reduzieren. Denn die an- und abfahrenden Autos sorgen – nicht nur an der Loschgeschule – immer wieder für Gefahren für die Kinder, die zu Fuß, mit dem Tretroller oder dem Fahrrad zur Schule kommen.

Die Loschgeschule wurde ausgewählt, weil dort besonders viele Kinder mit dem Auto zur Schule gebracht werden. Die Hol- und Bringzone soll auch verhindern, dass es noch mehr werden, z.B. weil Eltern Angst haben, dass ihr Kind im Gewirr der „Elterntaxis“ einen Unfall haben könnte.

Die SPD-Fraktion hat die „Elterntaxis“ schon mehrfach thematisiert. Auf einen SPD-Antrag hin wird die Schulverwaltung im Schulzentrum West ein Modellprojekt zur Förderung der autofreien Mobilität umsetzen, das bei Erfolg auf weitere Schulen ausgedehnt werden soll.

„Masterplanung“ und Verkehrskonzept zum Universitätsklinikum

Im März und April hat das Universitätsklinikum im Stadtrat seine Überlegungen zur Weiterentwicklung vorgestellt: Im März ging es dabei um die Verkehrssituation, im April um die „Masterplanung“ für den weiteren Neu- und Umbau der Kliniken und Forschungseinrichtungen.

Deutlich wurde, dass dem Klinikum erheblich Parkplätze für Beschäftigte, Patientinnen und Patienten und Besucherinnen und Besucher fehlen. Aus Sicht des Klinikums ist das ein erheblicher Nachteil beim Werben um PatientInnen und Personal. Hinzu kommt, dass durch notwendige Neubauten für die Modernisierung der Kliniken Parkplätze wegfallen werden.

Die SPD-Fraktion hat in der Diskussion deutlich gemacht, dass sie gewillt ist, die unzureichende Parksituation anzugehen. Allerdings können die notwendigen Parkplätze nur zu einem Teil auf dem Klinikareial geschaffen werden. Notwendig ist daher ein Verkehrskonzept, bei dem auch der „Umweltverbund“ für diejenigen attraktiver wird, die nicht direkt mit dem Auto bis zur Klinik fahren müssen. Dazu gehört z.B. eine bessere Busverbindung vom Großparkplatz/Bahnhof zum Uniklinikum und zurück für diejenigen, die mit der Bahn anreisen können (gerade bei den Beschäftigten) oder ihr Auto auf dem Großparkplatz abstellen.

Das neue bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz: Krisenintervention und Kriminalisierung?

Von Gisela Niclas
Vorsitzende der Bezirkstagsfraktion

Seit Jahren wurde es von vielen Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihren Selbsthilfeorganisationen, von Sozialverbänden, Einrichtungen, Kliniken und vom Verband der bayerischen Bezirke (Bezirketag), von den SPD-Landtagsabgeordneten und anderen gefordert: Nach einem umfangreichen Anhörungsverfahren liegt jetzt der Entwurf für ein bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) vor. Am 18. April erfolgte die erste Lesung im Bayerischen Landtag.

Warum überhaupt ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz?

Solche Gesetze regeln auf Länderebene die Unterbringung psychisch kranker Menschen gegen ihren Willen in einem psychiatrischen Fachkrankenhaus. Es muss akute Selbst- und/oder Fremdgefährdung vorliegen. In Bayern gilt bislang lediglich das Unterbringungsgesetz von 1992.

Mit der Übernahme der Behindertenrechtskonvention ins deutsche Recht rückte die Autonomie dieser Patient*innen in den Vordergrund. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes 2011 zum rechtlich unzulänglichen baden-württembergischen Unterbringungsgesetz hat in vielen Bundesländern in den letzten Jahren dazu geführt, moderne Gesetze zu schaffen, die neben gesetzeskonformen Unterbringungsregeln auch nachhaltige Hilfsmaßnahmen und -Strukturen bis hin zur Prävention beinhalten.

Auch in Bayern besteht schon lange dringender Handlungsbedarf, werden doch hierzulande rund doppelt soviele Menschen zwangsweise untergebracht wie in anderen Bundesländern.

Der Gesetzesentwurf zum PsychKHG: Gegensätzliche Signale

Der Gesetzesentwurf zum PsychKHG enthält eine Reihe guter Ansätze, wie z.B. flächendeckender Ausbau von ambulanten Krisendiensten für Menschen in akuten psychischen Notlagen, aufsuchende Hilfe, Aufwertung der psychiatrischen Selbsthilfe, regelmäßige Psychiatrieberichterstattung als Grundlage nachhaltiger Sozialplanung.

Im Gegensatz zu diesen positiven Ansätzen beinhaltet er leider auch ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die geeignet sind, Menschen mit psychischen Krankheiten pauschal zu kriminalisieren. Begründet wird das wie folgt: „Es geht um einen kleinen Teil von Menschen, für den wir, wenn eine Gefährdungssituation vorliegt, leider eine Neuregelung brauchen.“ (Kerstin Schreyer, Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, während der 1. Lesung im Bayerischen Landtag am 28. April 2018). Um für „diesen kleinen Teil“ Rechtssicher-

heit zu schaffen, die den Vorgaben der Behindertenrechtskonvention gerecht wird, enthält der Gesetzesentwurf Grundsätze und Vorschriften, die aber für alle Patient*innen gelten sollen:

- Die Einschränkung der Selbstbestimmungsfähigkeit als Voraussetzung für öffentlich-rechtliche Unterbringung ist im Gesetzesentwurf nicht explizit enthalten.
- Für Kinder und Jugendliche ist eine Unterbringung auch in der Erwachsenenpsychiatrie vorgesehen, es ist keine verpflichtende maximale Dauer der Unterbringung formuliert.
- Eine zentrale, namentliche Unterbringungsdatei soll beim Ministerium für Arbeit und Soziales geführt werden. Die Daten sollen verknüpft werden und für die Polizei einsehbar sein.
- Das Gesetz enthält eine Reihe von Verweisen auf Strafgesetze, Strafvollstreckungsgesetze und Gesetze zur Sicherungsverwahrung.
- Die Fachaufsicht soll personell an die Fachaufsicht für die Forensik angeschlossen werden.
- Präventionsambulanzen sollen an den forensischen Kliniken angedockt werden.
- Anstelle von unabhängigen Besuchskommissionen und unabhängigen Beschwerdestellen sollen Unterbringungsbeiräte eingerichtet werden.

Damit werden Tausende psychisch Kranker in Bayern nicht nur generell unter Gefährdungsverdacht gestellt. Durch den zielgerichtet im Gesetzesentwurf hergestellten Bezug zur Forensik, d.h. der öffentlich-rechtlichen Unterbringung von verurteilten Straftätern, die zum Zeitpunkt ihrer Tat nicht zurechnungsfähig waren, werden sie obendrein pauschal kriminalisiert.

Widerstand ist angesagt
Mittelfränkischer Bezirkstag verabschiedet am 22. März 2018 auf SPD-Antrag einstimmige Protestresolution

Neben vielen anderen Organisationen und Expert*innen hat sich auch der Bayerische Bezirketag bereits Anfang 2018 in einem 35-Seiten-Papier kritisch mit dem Gesetzesentwurf des Ministerrats befasst. Umfangreiche Informationen sind nachzulesen auf der Website des Verbandes der bayerischen Bezirke (www.bay-bezirke.de).

Am 22. März hat der mittelfränkische Bezirkstag auf Antrag der SPD-Fraktion gegen diesen Entwurf protestiert (Text der Resolution und weitere Informationen siehe Website der SPD-Bezirkstagsfraktion: spd-bezirkstag.de).

Wenn das Gesetz so in Kraft tritt, werden bei Menschen mit psychischen Erkrankungen Ängste vor Zwangsmaßnahmen wieder wachsen. Es würde die Barrieren erhöhen, Hilfe überhaupt in Anspruch zu nehmen. Die Anstrengungen der Selbsthilfeorganisationen, die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste und der in den vielen ambulanten Hilfestrukturen tätigen Haupt- und Ehrenamtlichen würde konterkariert werden. Auch die nachhaltigen Aktivitäten der Bezirkskliniken Mittelfranken im Rahmen ihrer Anti-Stigma-Kampagnen sowie das umfangreiche fachliche Engagement und der finanzielle Einsatz von Haushaltsmitteln des Bezirks Mittelfranken würden entwertet. Wir dürfen nicht zulassen, dass das PsychKHG in dieser Form in Kraft tritt. Ebenso wie beim Polizeiaufgabengesetzt ist unser Widerstand und unser Protest erforderlich.

Aktuelles in Kürze aus der Arbeit der Bezirkstagsfraktion

Von Gisela Niclas
Vorsitzende der Bezirkstagsfraktion

Weitere Unterstützung der Integrierten Beratungsstelle der Stadt Erlangen

Auf Beschluss des Bezirksausschusses im März 2018 finanziert der Bezirk Mittelfranken ab sofort eine weitere halbe Stelle für den Bereich der Drogen- und Suchtberatung der Integrierte Beratungsstelle der Stadt Erlangen. Damit soll die gesetzlich vorgeschriebene psychosoziale Beratung für Suchtkranke in Substitution gewährleistet werden.

Über den Runden Tisch „Sucht“, den der mittelfränkische Bezirkstag auf Antrag der SPD-Fraktion vor zwei Jahren eingerichtet hat, war es im Sommer 2017 gelungen, von der Institutsambulanz der psychiatrischen Universitätsklink die Zusage zu erhalten, dort nach Jahren ohne Angebot in Erlangen Suchtkranken, die sich einer Substitutionsbehandlung unterziehen wollen, wieder eine ärztliche Versorgung zur Verfügung zu stellen.

Mitte 2017 waren bereits Mittel zur Verfügung gestellt worden, um den Bereich „Sucht im Alter“ mit einer halben Stelle weiter auszubauen. Immer mehr alte Menschen versuchen, ihrer Einsamkeit – zum Beispiel nach dem Tod des Lebenspartners – mit Alkohol und Tabletten zu begegnen und geraten oftmals schnell in Abhängigkeit. Um diesen Entwicklungen vorzubeugen, aber auch, um mit kompetenter Beratung und Hilfe die Sucht zu überwinden zu helfen, war personelle Aufstockung dringend erforderlich. Jahrelange Bemühungen um den personellen Ausbau und die Verstärkung der Arbeit der Drogen- und Suchtberatung in unserer Stadt waren erfolgreich.

SPD-Bezirkstagsfraktion legt Bezirksparteitag Bilanz vor

Die SPD-Bezirkstagsfraktion hat dem Bezirksparteitag am 28. April in Ansbach ihre Gesamtbilanz der Amtszeit 2013-2018 vorgelegt. Besonders hervorzuheben sind u.a.

- Der kontinuierliche Ausbau der ambulanten Hilfen für Menschen mit psychischer Erkrankung, darunter die Verstärkung des Krisendienstes Mittelfranken,
- Mehr wohnortnahe Angebote der Bezirkskliniken Mittelfranken für Menschen mit psychischen Erkran-

kungen
- Änderungen in der Satzung der Bezirkskliniken Mittelfranken für mehr Transparenz und bessere Kontrollmöglichkeiten
- Sicherung des Behindertenfahrdienstes
- Einrichtung eines mittelfränkischen Behindertenrates zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung an den politischen Entscheidungen des Bezirks Mittelfranken
- Das Modellprojekt „Schulbegleitung in der Verantwortung der Schule“
- Verstärkung der Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus durch bessere Finanzausstattung für das DokuPäd, der Jugendeinrichtung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände Nürnberg

Die Gesamtbilanz ist nachzulesen auf der Website der Bezirkstagsfraktion: www.spd-bezirkstag.de.

Aus dem Bauch gesprochen:

Binnen-I und Gender*sternchen

Von Monika Fath-Kelling

Ganz besonders reizend finde ich mittlerweile die Formen ... und ...in/innen.

Lehrer kommt von lehren. Es gibt männliche und weibliche Lehrer. Wozu zusätzlich Lehrerinnen? Es gibt männliche und weibliche Ärzte. Diensthabender Arzt: Dr. Beispiel, ob ein männlicher oder ein weiblicher Arzt behandeln wird, sieht der Patient ja dann. Schließlich sucht er Hilfe und keinen Partner. Die Sprachform Ärztin ist demzufolge völlig überflüssig. Doktor ist Doktor und es gibt männliche und weibliche Doktores. Warum keine Doktorinnen? Weil Doktor ein Titel ist? Na gut: Auch Professor ist ein Titel und da gibt es die Professorin schon wieder. Die ...innens sind also – an dieser Selle erpare ich mir weitere Beispiele – gänzlich willkürlich „machbar“ oder nicht „machbar“, soll die Sprache nicht vergewaltigt oder die weibliche Form der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Und da taucht auch schon das nächste, wirkliche Ärgernis auf: Durch die noch gegebene patriarchalische Systemstruktur wirkt die männliche Form immer als solide „Grundform“, die ~innen-Form als „nice to have“, also immer als Ergänzung und im Ernstfall leichter entbehrlich. Das ist, was das Stützen der noch patriarchalischen Gesellschaftsstruktur angeht, in hohem Maß kontraproduktiv für uns Frauen. Nicht fortschrittlich und in positivem Sinne feministisch. Solche Fragestellungen sollten einmal psychologisch und ganz pragmatisch untersucht werden in ihren Folgen. Und dann sollte neu nachgedacht werden über den Sinn und Unsinn solcher Sprach“regelungen“. Vielleicht könnte diese Spielart der Genderdebatte sich ja sogar als eine „spalterische, im Kern rassistische Ideologie, die den Menschen auf sein Geschlecht reduziert, erweisen? Das Ansinnen, es dürfe sprachlich nur „der Mensch“ und „die Menschin“ – also nicht „der Mensch“ als integraler Oberbegriff e–xistieren, lässt zumindest Bedenken wachsen, ob mensch sich hier an Formalien abarbeitet, statt die eigentlichen Probleme anzugehen. Sprachliche Apartheidspolitik mag gut gemeint sein, erzeugt aber erst die Schwierigkeiten, die sie zu lösen vorgibt. Der Begriff Apartheidspolitik trifft es jedoch auf den Punkt, denn ob ich das Gegensatzpaar Schwarz/Weiß mit entsprechendem Machtgefälle, Privilegien, Traditionen abschaffen möchte, oder männlich/weibliche Ungerechtigkeiten, das ist genau dasselbe. Wir sollten uns also eher am Beispiel der Überwindungsstrategien von Apartheid orientieren, als uns an Sprachmanipulationen zu versuchen. Sprache ist ein Informationsträger, ein Medium. Nicht die Information selbst. Es käme ja auch niemand auf die Idee, die Funkwellen für das Rundfunkprogramm verantwortlich zu machen. Eine Manipulation am Medium verwirrt allenfalls und hilft nur die Intentionen der Sender und Empfänger zu vertuschen.

Interessanterweise wird diese Gendersprech-Debatte von der Mehrheit der Männer und Frauen nicht als Politik zur Förderung von Frauenrechten oder Hilfe zum Abbau bestehender gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten wahrgenommen, sondern als hysterische Übertreibung „verpeilter Wichtigtuerinnen“. Allzuoft werden politisch und medial benachteiligte Kleingruppen taktisch in den Vordergrund gestellt: Es kann doch niemand ernstlich was dagegen haben, der Lesben-Transgender-Gay-was auch immer Gemeinde Erleichterung zu verschaffen. Natürlich NICHT. Aber im Hintergrund läuft dann versteckt durchs bunte Getöse das eigentliche Programm. Nämlich der große Schwenk hin zu neuen/alten Ufern: „Rückkehr zum klassischen Familienbild“ etc. Klammheimlich, ach Quatsch, ganz offen, kommt dann immer noch eins zum anderen: neben der Rolle der Frau, Religionsrenaissance, Heimat, Nation, Fremdenfeindlichkeit, bis zu – last but noch least – Sicherheit, die den letzten Rest Freiheit substituiert, natürlich nur zum allgemeinen Besten. Recht schnell landet man so in einer Staatsform mit Rechtsaußen-Charakter. Die „Werteunion“ eines Alexander Mitsch, und das „konservative Manifest“ lassen herzlich grüßen.

Wir können diesen Prozess seit Jahren weltweit in vielen, zu vielen Staaten schon, beobachten. Durch die vordergründige Ausrichtung der Politik an Kleingruppen wird die Gesellschaft gespalten.

Zu diesen vordergründigen Aktivitäten muss leider auch die Debatte um die „korrekte Sprachform“ mit ihren teils „sprachpolizeilichen Allüren“ gerechnet werden. Das erzeugt Widerstand, auch innerhalb der Gruppe der Frauen selbst und Ablehnung, die sich sogar gegen die Gruppe selbst richtet, der eigentlich „Gutes getan“ werden sollte. Ich werde mir künftig was Gendersprech angeht jedenfalls keinen Zwang mehr antun.

Die marktorientierte Globalisierung ist nicht alternativlos

Von Gerhard Carl

Die SPD in Regierungsverantwortung sollte nicht länger die Globalisierung mitverwalten, sondern wieder zum Anwalt der Arbeitnehmer*innen werden und sich verstärkt mit ihrem historischen Schwerpunkt, der Wirtschaft und Arbeit, beschäftigen. Vor der Bundestagswahl 2017 wurden von Infratest dimap in einer repräsentativen Umfrage Bürger*innen über die Kompetenzen der SPD befragt. Das Ergebnis ergab, dass nur 17 Prozent der Befragten der SPD eine wirtschaftliche Kompetenz zutrauen. Die SPD muss daher verstärkt zukunftsorientierte Lösungen in der Arbeitswelt anbieten (u.a. Digitalisierung, Lebensarbeitszeit, berufliche Bildung und Qualifizierung, Arbeitsplatzsicherheit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Abschaffung der sachgrundlosen Befristung unabhängig von der Betriebsgröße, betriebliche Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten).

Die marktorientierte Globalisierung ist nicht alternativlos. Wirtschaft und politische Macht können zugunsten der Machtlosen neu austariert werden.

Die Politik darf nicht gegen die Interessen und Werte der Arbeitnehmer*innen gerichtet sein. Auf die SPD bezogen heißt das, dass die SPD in ihrer Regierungsverantwortung seit 1998 und folgende Jahre die Deregulierung, Arbeitsmarktflexibilisierung (Niedriglohnsektor, prekäre Arbeitsverhältnisse), Senkung des Spitzensteuersatzes, Einführung der pauschalen Kapitalertragssteuer (25 Prozent) in den Vordergrund stellte.

Die Politik hat es versäumt, sich für eine volkswirtschaftliche Alternative nach der Finanzkrise 2008 stark zu machen. Ferner wurde versäumt, die Vorzüge einer sozial ausgewogenen und ökologischen Wirtschaftspolitik gegenüber einer entfesselten freien Marktwirtschaft zu vermitteln. Eine linke Politik sollte aufhören, sich als Verwalter der Globalisierung zu betrachten, und stattdessen die Interessen der Arbeitnehmer*innen über die der Unternehmen zu stellen. Die Arbeitnehmer*innen sollten mit einem konsequenten Maßnahmenpaket der wirtschaftlichen Demokratisierung gestärkt werden: Arbeitnehmer*innen in Vorstände (in allen Unternehmen), wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte in den Betrieben (gesetzliche oder tarifliche Regelungen), ausreichende finanzielle Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit (Abschaffung Hartz IV). Wer arbeitet, muss auch davon leben und seine Familie ernähren können.

Öffentliche Infrastrukturausgaben und langfristige Investitionen müssen den ständig steigenden Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen vorgezogen werden. Die Berufsausbildung muss bei den Bildungsausgaben im Mittelpunkt stehen. Eine Politik, die es mit der Chancengleichheit ernst meint, speist Arbeitnehmer*innen nicht mit Sozialhilfe ab, sondern investiert in die frühe Förderung, sie sich am stärksten auf die Lebenschancen eines Menschen auswirkt.

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 16. Mai,
19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung
am Dienstag, 8. Mai,
19:30 Uhr, Olive (Wallenrodstraße 5)

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Berichte aus den Ortsbeiräten
4. #SPDerneuern – Diskussion zur Erneuerung der SPD
5. Sonstiges

Im Juni treffen wir uns am 12.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 13. März

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend einstimmig beschlossen.

2. Aktuelles
- Gabi Dorn-Dohmstreich ist aus dem OBR Frauenaurach ausgeschieden. Ihr nachfolgen wird Stefan Greim, der voraussichtlich im Stadtrat März berufen werden wird. Als Stellvertreter wird Manfred Dohmstreich weiterhin zur Verfügung stehen. Ein weiterer Stellvertreter wird per Mail und Monatsspiegel gesucht.
- Die Groko-Verhandlungen sind abgeschlossen und der Mitgliederentscheid hat sich mit 66 Prozent klar für eine Wiederauflage der Groko ausgesprochen.
- Sitzungen starten ab sofort um 19:30
- OBR Frauenaurach: Schultheiss Wohnbau AG war vor Ort, um über die Neubauten in der Erlanger Str./ Herzogenauracher Str. zu informieren. Das Projekt wird das Ortsbild verändern, da es beim Hereinfahren dominant zu sehen sein wird. Die Parkplatzsituation könnte zum Problem werden, da nur ein Stellplatz pro Wohneinheit vorhanden sein wird. Für Besucher und weitere Zweitwagen gibt es nichts.

  Die Buslinie 201 wird sich ab Dezember 2018 verändern. Laut aktuellem Stand werden dann nur noch zwei Busse morgens nach Herzogenaurach und nachmittags einer zurück fahren. Die ESTW wollen bis Mitte 2018 die Linie 281 überprüfen und ggf. optimieren.

3. Wahl der Versammlungsleitung
Jens Schäfer

4. Bericht des Distriktvorstands
Der Vorsitzende Jens Schäfer berichtet über das letzte Jahr. Es werden die aktuellen Mitgliederzahlen und die Entwicklung verlesen. Außerdem wird über die insgesamt fünf „Aktionen“ die im letzten Jahr stattgefunden haben, berichtet. Das waren im Einzelnen: 29. April Infoveranstaltung LGS, 25. Juli Halbzeitbilanz, 19. Juli Bürgersprechstunde mit Martina Stamm-Fibich zur Bundestagswahl, 14. NovemberSeniorengerechtes Wohnen im Distrikt – Diskussionsveranstaltung mit Anette Christian, 9. Januar Stadtteilentwicklung Frauenaurach – Diskussionsveranstaltung mit Philipp Dees. Außerdem wurde die Jahresplanng besprochen. Geplant sind weitere Veranstaltungen mit Stadträten im Distrikt, eine Bürgersprechstunde zur Landtags-/Bezirkstagswahl sowie die Begleitung des Antrags zum Herdegenplatz.

5. Bericht des Kassiers
Der Bericht des Kassiers Hartmut Wiechert wird verlesen. Die Kasse wurde am 22. Januar 2018 geprüft und für in Ordnung befunden. Prüfer waren, wie in den letzten Jahren, die Genossen Fellermeier und Rupprecht.

6. Bericht der Revisoren
Kassenprüfung war ohne Beanstandung. Hartmut Wiechert hat sich sehr viel Arbeit gemacht und an dieser Stelle wird dafür gedankt.

7. Aussprache
Stefan Greim dankt dem Vorstand und explizit Jens Schäfer als Vorsitzendem für seine Arbeit. Der Distrikt wird gut (auch nach außen hin) vertreten.

Liz schlägt vor, in diesem Jahr Gisela Niclas als Vertreterin des Bezirkstags in eine Disktriktversammlung einzuladen. Dort soll dann ein Sachbericht aus dem Bezirkstag eingebracht werden.

8. Entlastung des Vorstands
Die Entlastung des Vorstandes wird von Günter Rupprecht beantragt und einstimmig angenommen.

9. Jahresplanung
a. Themen
   - Bezirkstag im Distrikt mit Gisela
   - Herdegenplatz
   - Bussituation 201/281
   - Hortsituation mit Birgit Hartwig und Reinhard Rottmann (Kath. Pfarramt möchte gerne einen Hort einrichten; Kauf des evang. Pfarramts)
   - Wahlkämpfe Landtagswahl und Bezirkstagswahl

b. Termine: Sitzungen jeden 2. Dienstag im Monat.

10. Verschiedenes
Lagerlöffweg in Frauenaurach ist jetzt nach langer Zeit beleuchtet. Das war ein Antrag der SPD schon vor einigen

Jahren. Evtl. könnte der Weg wieder zu einem Schulweg deklariert werden.

Schaukasten in Kriegenbrunn: Anfrage an Manfred Dohmstreich zu Preisen und Genehmigungen

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll vom 10. April

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt

2. Aktuelles
Ab Mai 2018 wird in jeder Distriktversammlung ein politisches Thema diskutiert. In den vergangenen Monaten ist das leider viel zu kurz gekommen, weil wir mehr mit Organisation von Veranstaltungen beschäftigt waren. Das Thema wird vorab per Mail und Monatsspiegel bekannt gemacht, so dass eine Vorbereitung möglich ist.

#SPDErneuern: Thema auf der nächsten Sitzung im Mai

Antrag für Herdegenplatz wurde am 10. April an Stefan Behringer geschickt und wird wohl demnächst im Stadtrat behandelt

Es wird ein Stellvertreter für den OBR Frauenaurach gesucht. Aufruf per Einlage im Monatsspiegel und per Mail.

Unsere Sitzungen starten ab sofort um 19:30. Es ist so für einige Mitglieder einfacher, zu den Sitzungen zu kommen.

Es gibt eine Anfrage zu einem SPD Schaukasten in Kriegenbrunn. Nähere Informationen vermutlich bis zur nächsten Sitzung.

Die Bürgerinitiative Geisberg feiert am 14. April ein Frühlingsfest in Steudach.

3. Termin- und Themenplanungen 2018
Die folgenden Themen wurden für das Jahr 2018 beschlossen und zeitlich einsortiert.

- Herdegenplatz: Kein spezieller Termin dazu, sondern den SPD-Antrag begleiten.
- Hortsituation mit Birgit Hartwig und Reinhard Rottmann (geplant): 12. Juni, 19:30 im Gemeindezentrum
- Bussituation 201/281: Thema des Juli-Distrikts
- Bezirkstag im Distrikt mit Gisela Niclas: Thema im Distrikt September
- Landtagswahl- und Bezirkstagswahl: Anfrage bei Philipp Dees für einen Termin im Oktober

4. Sonstiges
Nächste Sitzungen am 8. Mai und 12. Juni

Beleuchtung Radweg Bruck für Haushalt 2019 anmelden

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am 15. Mai, 20 Uhr, Kulisse

Unsere weiteren Termine 2018: 19. Juni, 24. Juli, 18. September, 16. Oktober, 13. November und 11. Dezember. 16. Oktober und 11. Dezember werden gemeinsame Sitzungen mit den Jusos sein.

Für den Vorstand
Monika Fath-Kelling

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere kommende Sitzung findet statt am

Dienstag, 15. Mai, 19 Uhr, Pizzeria Romana (Brückenpaulus, Schronfeld 74)

Das Thema der Sitzung wird per Mail bekannt gegeben

Mit solidarischen Grüßen
Munib Agha

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 8. Mai, 19 Uhr, Vogelherd 14 bei Wilhelm Horn

Tagesordnung:
1) Aktuelles,
2) Rückblick auf das STUB-Trassenforum (Trassenbegehung) in Tennenlohe
3) Bürgerbeteiligung: Stadtteilbeiräte, Einstellung der Verwaltung, Sicht der Bevölkerung
4) Großparkplatz und Busbahnhof, Verkehr
5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlungen am 12. Juni und am 10. Juli, jeweils in der Schlossgaststätte, Beginn 19.00 Uhr.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
ein neues Polizeiaufgabengesetz sorgt bei vielen Leuten derzeit für Aufregung. Welche Änderungen kommen auf uns zu? Wie ändern sich die Kompetenzen für die Polizistinnen und Polizisten? Unser Gast, Jura-Student und Juso Mark Schuster wird uns das „PAG“ genauer erklären und gemeinsam mit uns diskutieren.

Die Sitzung findet statt am

Mittwoch, 16. Mai, 20 Uhr, Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:
1. Kurzvortrag und Diskussion zum Polizeiaufgabengesetz
2. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
3. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
4. Verschiedenes

Solidarische Grüße
Tobias Körber

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wir laden Euch herzlich zu unserer Mitgliederversammlung ein:

Mittwoch, 16. Mai, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Bericht von der Bezirkskonferenz der SPD-AG 60plus am 22. März
4. Vorbereitung des Besuchs in der Wilhelmine
5. Verschiedenes

Die Jenenser 60plus-Gruppe hat uns für den 28. Juni nach Jena eingeladen. Geplant ist unter anderem eine Werksbesichtigung bei Zeiss. Bitte merkt Euch den Termin und teilt mir mit, ob Ihr mitfahren wollt, damit ich die Reise organisieren kann.

Ich hoffe auf rege Diskussion und grüße
Hartmut Wiechert

Protokoll der Unterbezirkskonferenz am 12. März

1. Begrüßung
Jörg Bubel begrüßt die Anwesenden.

2. Genehmigung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

3. Wahl einer Versammlungsleitung
Vorgeschlagen wurde Jörg Bubel. Beschluss: einstimmig

4. Referat von Bernd Schnackig zu Soziale Gerechtigkeit und die Rolle der SPD
Bernd Schnackig, ein SPD-Sympathisant, trat in die SPD ein, weil er sich nach den Kohl-Jahren von der SPD eine Rückkehr zu einer gerechteren Politik erhoffte. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht, als die vom BM Blüm einführte Mütterrente von der Großen Koalition für die vor 1992 geborenen Kinder eingeführt und über Beiträge anstatt

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

über Bundeszuschuss finanziert wurde. In seinem Vortrag nannte er vier Felder mit großem Handlungsbedarf der SPD für Soziale Gerechtigkeit:

1. Die Steuerpolitik: Unter dem Schlagwort der Privatisierung der Gewinne wurden in den letzten drei Jahrzehnten Kommunen und Staat gezielt verarmt. Die Handlungsspielräume der Kommunalpolitik wurden immer kleiner, bis die meisten kommunalen Haushalte mit den Pflichtaufgaben erschöpft sind. Bei den staatlichen Aufgaben drückt sich das z.B. in PPP-Projekten aus oder darin, dass Universitäten einen erheblichen Teil ihrer Kosten durch Zuwendungen privater Sponsoren finanzieren müssen. Aber für die Kommunen gilt dasselbe wie für den Staat: Nur reiche Bürger können sich einen armen Staat, bzw. eine arme Gemeinde leisten.
2. Lohnpolitik: Löhne sind angeblich generell ein sogenanntes Marktprodukt und Tarife werden von den sogenannten Sozialpartnern ausgehandelt. Aber der Markt ist lediglich ein anderes Wort für Macht. Und Macht ist eine politische Größe.

   Beispiel gefällig? Ein Zweipersonenhaushalt braucht an der Armutsgrenze 1.500 Euro monatlich, das erfordert einen Mindestlohn von 13,50 Euro, Der aktuelle Mindestlohn beträgt aber 8,84 Euro.

   Bitte: Erneut eine Anforderung an die Grundrechenarten.
3. Sozialversicherung: Die Sozialversicherung krankt aus seiner Sicht heute an zwei Defekten: Erstens an der Reduzierung der Leistungen auf eine kaum mehr akzeptable Basisversorgung. Zweitens an der Schieflage der Finanzierung. Die Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung muss als Schlüsselfehler betrachtet werden.
4. Fürsorgeleistungen des Staates: Heute sind die Grundsicherungssysteme im SGB II und im SGB XII daraufhin ausgelegt, dass sie das absolute Existenzminimum gewährleisten und mehr nicht – es soll niemand verhungern oder erfrieren, das wird als ausreichend angesehen. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen festgestellt, dass die Grundsicherungsleistungen „gerade noch“ verfassungskonform sind.

   Sollte sich die SPD also mit der Frage eine gerechten Fürsorgeleistung befassen, ist sie gut beraten, zunächst das zugrundeliegende Menschen- und Gesellschaftsbild zu beraten und danach zu entscheiden, was denn Menschen brauchen, damit sie diesem Bild entsprechen können.

Es erfolgte eine rege Diskussion, vor allem zur Frage eines gerechten Steuersystems, die aber leider aus Zeitgründen abgebrochen werden musste.

5. Bericht des Vorstandes

Jörg Bubel gibt einen Rechenschaftsbericht für die Zeit von März 2017 bis März 2018, das den Teilnehmern auch als Anlage zum Protokoll vorliegt.

- Es wurden sechs Vorstandssitzungen durchgeführt. Auf der ersten Sitzung nach der JHV legten wir uns Ziele für

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

unsere Arbeit fest.
- Teilnahme an der Landeskonferenz der AG 60plus am 25. März 2017, an der Bezirkskonferenz in Schwabach am 7. April 2017 und an der die Bezirkskonferenz in Nürnberg am 22. März 2018.
- Die Zusammenarbeit mit den Jusos wurde fortgesetzt, es fand ein Treffen statt
- Die Filmreihe vier mal Film im Herbst war gut besucht und soll fortgesetzt werden
- Der Besuch des Doku-Zentrums am 2. Juli 2017 zum Thema „Faszination und Gewalt“ vertiefte unser Wissen zur Machtergreifung der Nazis
- Wir besuchten am 13. Juli 2017 die Demenz-Wohngemeinschaft in Möhrendorf und informierten uns über das Betreuungs- und Pflegekonzept.
- Das Tagesprogramm für den Besuch der Jenaer-Genossen von 60plus am 19. September wurde vom 60plus-Kreisverband Erlangen organisiert.
- Im Wahlkampf beteiligten wir uns an den Aktionen der jeweiligen Ortsvereine bzw. Kreisverbände (Flyer verteilen, Plakate kleben, Info-Stände).
- Im Dezember haben wir mit unserer Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich und unserem Delegierten zum Bundesparteitag Munib Agha intensiv über eine Beteiligung der SPD an der Bundesregierung diskutiert.
- Zum UB-Parteitag am 12. Januar 2018 haben wir den Antrag gestellt, im UB regelmäßige Diskussionsrunden zu politischen Themen für alle Mitglieder und Interessierte anzubieten. Dabei sollen folgende Themen behandelt werden
  - Die Grundwerte der SPD und ihre Umsetzung in der aktuellen Politik
  - Soziale Gerechtigkeit und die Rolle der SPD
  - Diskussion über das Reflexionspapier der EU-Kommission zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – im Herbst
  - Niedrigzinsen – Wehe, wenn die Geldblase platzt.
  - Bedingungsloses Grundeinkommen
  - Zukunft der Arbeit – Digitalisierung der Arbeitswelt
  - Klimapolitik, eine soziale und politische Frage
  - Die Leitkulturdebatte

6. Entlastung des Vorstandes
Die Entlastung erfolgte einstimmig

7. Grußworte
Entfällt

8. Wahlen
Anwesend sind elf Stimmberechtigte. Die Wahl war erforderlich, da bei der letzten JHV der Vorsitzende und sein Stellvertreter nur für ein Jahr kandidierten und auch nur für ein Jahr gewählt wurden.

Zur Wahlleitung wurde einstimmig Eberhard Irlinger gewählt.

Zum Vorsitzenden wurde einstimmig (bei 11 abgegebenen und gültigen Stimmen) Hartmut Wiechert gewählt.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde einstimmig (bei 11 abgegeben und gültigen Stimmen) Jörg Bubel gewählt.

9. Wünsche und Anträge
Entfällt

10. Termine und sonstiges
Die nächste Vorstandssitzung soll am 7. Juni um 17:00 Uhr stattfinden

11. Schlusswort
Hartmut Wiechert beendet die Versammlung um 16:32 Uhr.

Hartmut Wiechert

Liebe Jusos,
Unsere nächsten Sitzungen finden an folgenden Terminen statt (jeweils Dienstags):
- 8. Mai: Das geplante „Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz“
- 5. Juni: Thema wird noch festgelegt

Wir treffen uns dazu jeweils um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Eingang zum Sitzungszimmer unten am Parkplatz).

Am Dienstag, 22. Mai gehen wir außerdem gemeinsam zur Bergkirchweih. Treffpunkt ist um 18 Uhr bei der Eisdiele Venezia (Bayreuther Straße 29).

Rote Grüße,
Munib

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

1. MAI 2018 IN ERLANGEN

10:00 Uhr Auftakt am Neustädter Kirchenplatz mit anschließender Demonstration

11:00 Uhr Maikundgebung am Neustädter Kirchenplatz

- Auftakt **Wolfgang Niclas** Vorsitzender DGB KV Erlangen
- Grußworte **Dr. Florian Janik** Oberbürgermeister Stadt Erlangen

Berichte aus den Betrieben

Hauptredner

Daniel Merbitz

Vorstand Tarifpolitik, GEW Hauptvorstand

Bis 16:30 Uhr: Buntes Maifest

Musikalische Umrahmung · Station der „Rädli Tour“ · Betriebsstammtische · Infomeile nahestehender Organisationen · Kinderprogramm: Hüpfburglandschaft, Clown- und Zirkusprogramm mit **Francesca Mimosa Furiosa** · Essen und Getränke · Infos und Kontakte · Sowie vieles mehr!

www.mittelfranken.dgb.de

V.i.S.d.P.: Stephan Doll, DGB Region Mittelfranken, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg, Tel. 0911/249166